

# Paibacher Zeitung.

Nr. 237. Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz.  
fl. 11, halbj. fl. 5:50. Für die Aufstellung ins Hause  
halbj. 50 fr. Mit der Post ganz. fl. 15, halbj. 7:50.

Dienstag, 18. Oktober.

Insertionsgebühr: Für kleine Anzeige bis zu  
6 Zeilen 25 fr., größere vor 6 Zeile 6 fr.; bei älteren  
Wiederholungen vor 6 Zeile 3 fr.

1881.

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Alerhöchster Entschließung vom 11. Oktober d. J. dem Lehrer an der Zeichnungs- und Modellierschule zu Innsbruck, Architekten Johann Deininger in Anerkennung seiner verdienstlichen Leistungen bei den Restaurierungsarbeiten im Schlosse Ambras das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Se. k. und k. Hoheit der hochwürdigst-durchlauchtigste Herr Hoch- und Deutschmeister, Feldzeugmeister Erzherzog Wilhelm hat im Sinne des § 5 des Statutes für die freiwillige Sanitätspflege des deutschen Ritterordens im Kriege und im Frieden für die hervorragenden Leistungen auf diesem Gebiete Sr. Excellenz dem Herrn k. k. geh. Rath, Feldmarschall-Lieutenant und Reichs-Kriegsminister, Arthur Grafen von Blandt-Rheidek, das Marianer-Halskreuz und dem k. k. Herrn Obersten des Armeestandes Joseph Dittrich das Marianer-Kreuz verliehen.

## Dynastische Jubelfeier Krains 1282—1882.

In der gestrigen Sitzung des h. krainischen Landtages brachte Abg. Otto Baron Apfaltzern nachstehenden, im Laufe der Sitzung von sämtlichen anwesenden Herren Abgeordneten mitunterzeichneten Dringlichkeitsantrag ein:

Der h. Landtag wolle beschließen:

„Es werde ein in der heutigen Sitzung zu wählender Ausschuss von fünf Mitgliedern eingesetzt und beauftragt, in der nächsten Sitzung unter mündlicher Begründung darüber Anträge zu stellen, in welcher Weise aus Anlass der Vollendung des 6. Jahrhunderts, seit das Land Krain durch die im Jahre 1282 auf dem Reichstage zu Augsburg von König Rudolf von Habsburg vollzogene Belehnung seiner Söhne, der Herzoge Albrecht und Rudolf von Habsburg, der Macht dieses erhabenen und mächtigen Herrscherhauses einverlebt worden ist und seine Geschicklichkeit mit jenen des Stammhauses unseres Allerhöchsten und gnädigsten Herrn und Kaisers Franz Josef I. von Österreich unauflöslich verknüpft worden sind, die patriotischen und dynastischen Gefühle des Herzogthums Krain zu würdigem Ausdruck zu bringen seien.“

Nachdem Abg. Baron Apfaltzern diesen Dringlichkeitsantrag meritorisch begründet, wurde im Laufe der Sitzung der betreffende Ausschuss von fünf Mitgliedern gewählt.

Gewählt erscheinen die Herren Abgeordneten: Baron Apfaltzern, Dr. v. Schrey, Bürgermeister A. Laschan, Dr. Pöhlkar, Potočnik. Dieser Ausschuss wählte zum Obmann den Herrn Baron Apfaltzern und zum Obmann-Stellvertreter den Herrn Abgeordneten Potočnik.

## Zur Lage.

Der „Diritto“ brachte eine Reihe von Briefen über die letzten Manöver in Ungarn, wie es scheint, aus der Feder eines bei denselben anwesend gewesenen italienischen Offiziers. Derselbe spendet der Haltung und Ausbildung der Truppen das höchste Lob und sagt, nachdem er das beim Schlusse der Manöver an Se. k. und k. Hoheit den durchlauchtigsten Herrn F.M. Erzherzog Albrecht gerichtete Allerhöchste Handschreiben angeführt: „Ich wünschte diesen kaiserlichen Worten absolut nichts beizufügen; dieselben geben in militärischer Kürze jedem, was ihm zukommt, und bestätigen in offizieller Form das Urtheil, welches alle unparteiischen Zuschauer und besonders wir Fremden über das Ganze der Manöver abgegeben haben.“ Ueber die Verpflichtung der Truppen während der Manöver äußert sich der Berichterstatter höchst anerkennend und

bemerkt am Schlusse, nachdem er die bezüglichen Details angeführt: „Die überaus freundliche Aufnahme, welche ich im Hauptquartiere fand, setzte mich in den Stand, alle den Truppen gereichten Nahrungsmittel zu prüfen und ebenso die Geschicklichkeit, womit die Soldaten dieselben zuzubereiten wissen, wie auch die freudige Dankbarkeit aller für eine so mannigfaltige und reiche Kost kennen zu lernen.“

Die „Deutsche Zeitung“ hat sich selber übertroffen. Sie will gefunden haben, dass der Ministerpräsident mit der Fragestellung, betreffend die Verwaltungsreform, „in siebzehn Landtagen siebzehn Niederlagen erlebt hat“ und gibt ferner dem Wunsche Ausdruck, „dass dem jetzigen Cabinet eine längere Frist zwischen Leben und Sterben vergönnt werde“. Was doch das Organ des Fortschrittsclubs für eine seltsame Logik hat! Zuerst sieht es die funkelnagelneue Entdeckung in die Welt, dass man mit einer bloßen „Fragestellung“, die ihre normale Beantwortung gefunden hat, „Niederlagen“ erlebt, dann wünscht es einer Regierung eine längere Existenzdauer, die es auf Tod und Leben bekämpft. Das reimt zusammen, wer kann, ernst genommen darf jedoch eine solche Taktik gewiss nicht werden.

Die „Frankfurter Zeitung“ nimmt von den Vorwürfen Notiz, welche einige hiesige oppositionelle Blätter gegen den hingeschiedenen Freiherrn von Haymerle erhoben hatten, weil derselbe nicht auf die „Gefahren“ aufmerksam gemacht habe, welche angeblich unseren freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland aus der Politik des Grafen Taaffe drohen, und bemerkt: „Um einen solchen Vorwurf mit einem gewissen Schein von Berechtigung erheben zu können, müsste doch erst erwiesen werden, dass Fürst Bismarck das Taaffe'sche Regiment ungern sähe; bisher liegt hiefür auch nicht das geringste Zeichen vor; im Gegenteile deutet die Haltung seiner Organe darauf hin, dass der deutsche Reichskanzler mit seinen Sympathien viel mehr auf Seite des Grafen Taaffe als im Lager der Verfassungspartei steht.“

## Die Adressdebatte im ungarischen Abgeordnetenhaus.

In der Sitzung am 13. d. M. ergriff Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident v. Tisza das Wort und dankte dem unmittelbaren Vorredner Simonyi, dass er die Aufmerksamkeit des Hauses auf das praktische Gebiet gelenkt habe. Von allen Seiten werde der Vorwurf erhoben, dass in der Thronrede nicht angegeben sei, in welcher Richtung, nach welchen Prinzipien die Regierung die nötigen Reformen durchzuführen beabsichtige. Er glaubt, dies könne kaum Aufgabe der Thronrede sein, weil selbe dann den Umfang eines ganzen Buches erlangen müsste. Er weist dann die Anschuldigung zurück, dass die Beamten die Wahlen durch Pression beeinflusst hätten. Zur Entkräftigung dieser Anklage genüge es, darauf hinzuweisen, dass die Hälfte der Beamten gar nicht gewählt, ein Theil der Wählenden aber für die Candidatur der Opposition gestimmt habe. Selbst in Republiken wird den Beamten in dieser Beziehung weniger Freiheit eingeräumt. Er fertigt die Behauptung Polius ab, welcher es den Nationalen verübt, dass sie bei den Wahlen großenteils für die Regierungspartei stimmten. Er wendet sich gegen die Behauptung Helsys, dass seit der Fusion im Jahre 1875 die staatsrechtliche Opposition, gegen welche eigentlich die Fusion gerichtet war, noch größeren Zuwachs erhielt.

Im Jahre 1875 gehörte auch das linke Centrum zur staatsrechtlichen Opposition, welche daher damals jammte der äußersten Linken 150 Mitglieder zählte, während selbe nun, nach der eigenen Angabe Szalays, aus 100, richtiger aus 90 Mitgliedern besteht. Man sagt, infolge der allgemeinen Verarmung nehme die Auswanderung überhand. Wenn die Auswanderung die Folge der Verarmung ist, so müsse zugegeben werden, dass sich der Wohlstand im allgemeinen gehoben hat, weil eben die Auswanderung, wie ziffermäßig nachgewiesen werden kann, in Abnahme begripen ist. Der Minister entkräftet die Angriffe gegen jenen Passus der Thronrede, welcher von der Ordnung im Staatshaushalte spricht. Dass die Befestigung des Deficitess anzustreben ist, sei in der Thronrede selbst betont. Ein Staat aber, der seinen finanziellen Verpflichtungen nach allen Seiten hin ohne Störung

oder Verlegenheit zu entsprechen vermag, dessen Papiere imurse steigen, dessen Credit sich hebt, dürfte sich allerdings auf die Ordnung seines Staatshaushaltes berufen. Dass in der Adresse bezüglich der gemeinsamen Armee nicht blos Gefühle und Wünsche, sondern Überzeugungen ausgedrückt werden, für deren Verwirklichung die Regierung und Majorität auch einzutreten bereit sind, beweise auch der Umstand, dass er von Seite der obersten Heeresverwaltung ersucht wurde, zu erklären, dass auch diese es für ihre Pflicht halte, jenem Ziele zuzustreben. (Lebhafte Beifall. Rufe auf der äußersten Linken: Militärgericht!) Er werde Sorge tragen, dass der Bürger gegenüber von Soldaten, aber auch der Soldat dem Bürger gegenüber Genugthuung erhalten.

Schließlich polemisiert der Minister mit Polit, hervorhebend, dass durch die Danziger Revue die Beziehungen zu Deutschland durchaus nicht alteriert wurden. In dieser Beziehung könne Polit beruhigt sein. (Heiterkeit.) Was die Beschwerden wegen Unterdrückung der Nationalitäten betrifft, so fordert er Polit auf, in den Staaten Europas Umschau zu pflegen, und wenn dort die nicht zur herrschenden Rasse gehörigen Nationalitäten auch nur die Hälfte, ja nur den vierten Theil jener Rechte besitzen wie in Ungarn, dann möge er sich beschweren. (Lebhafte Beifall.)

Szalay, welcher erwähnt hatte, dass die Rude Polits dem Ministerpräsidenten Gelegenheit bieten werde, seine erbleichenden Vorbeeren aufzurüsten, ruft: „Da sind die Vorbeeren!“ „Ich habe —“ repliziert der Ministerpräsident — dem Herrn Vorredner vor mir das Wort gelassen, und wenn es ihm dennoch nicht gelang, die Vorbeeren zu plücken, so ist dies nicht meine Schuld.“ (Lebhafte Beifall und Heiterkeit.)

In der Sitzung am 14. d. M. sah sich Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident v. Tisza veranlasst, das Wort zu ergreifen.

Eingangs seiner Ausführungen erklärte Se. Excellenz, er wolle nicht auf die persönlichen Angriffe antworten. (Rufe auf der äußersten Linken: Weil er es nicht kann.) Dass er dies könne, habe er schon oft bewiesen. Berhovay, welcher ihm Abtrünnigkeit vorwarf, habe ja selbst sehr glänzende Artikel geschrieben, in welchen er die Principien der äußersten Linken blosstellte, doch wolle er sich auf einige Bemerkungen über die Grenzfrage und über das, was über die Armee gesagt wurde, beschränken. Mit der ersten Frage werde das Haus Gelegenheit haben, sich bei Verhandlung des einzureichenden Gesetzentwurfes eingehend zu beschäftigen. Er müsse aber schon jetzt constatieren, dass diesmal derselbe Vorgang beobachtet wurde wie bei früheren Anlässen. Die Legislative habe damals diesen Vorgang in Abetracht der obwaltenden Schwierigkeiten ohne wesentliche Debatte gutgeheissen, und hofft er, das Haus werde auch diesmal ein gleich tactvolles Vorgehen einhalten. Die Einverleibung sei bereits vor acht Jahren durch das Gesetz angeordnet worden. Aber auch inbetreff der inneren Einrichtungen brauche kein Gesetzentwurf eingereicht zu werden, weil dies im Sinne des 1868er Kroatischen Gesetzes eine zum autonomen Wirkungskreise Kroatiens gehörige Angelegenheit sei. Mocsáry könne inbetreff der äußersten Angelegenheiten leicht Conjectural-Politik betreiben und mit schwarzen Farben auftragen, denn er diene hiedurch der Parteitaktik. Doch wenn er von Salonichi und sonstigen Eroberungstendenzen spricht, sollte er sich doch den weisen Spruch gegenwärtighalten: „De strigibus, quas non sunt, nulla mentio fiat.“ (Heiterkeit rechts.) Was die Armeefrage betrifft, so erinnert er, dass es weder mit der Gerechtigkeit noch mit dem Anstandsgefühl vereinbarlich ist, für die Ausschreitungen Einzelner über ganze Corporationen, den Stab zu brechen. Was den jüngsten Fall betrifft, so sei es jedenfalls unstatthaft, wenn ein Officier an einem öffentlichen Orte derartige Fragen discutiert. Die Untersuchung sei denn auch in ganz geistlicher Weise durchgeführt worden. Der Minister gibt eine Schilderung des ganzen aus den Blättern bekannten Vorgehens und weist schließlich darauf hin, dass Lendl seine Resignation eben deshalb eingereicht habe, weil er voraussah, welches das Ergebnis des eingeleiteten Disciplinaryverfahrens sein werde. Seine Resignation wurde aber deshalb erst für den 1. November angenommen, weil er bis zum 29. Oktober Arreststrafe hat. Die Anklagen gegen den Corpsgeist in der Armee seien daher unbegründet. Er beruft sich auch heute auf die Zustimmung der

Arme-Oberverwaltung zu dem bezüglichen Sache des Adressentwurfs und empfiehlt die Annahme der Majoritätsadresse.

### Bon den Landtagen.

Salzburg, 15. Oktober. In der heutigen Abendsitzung des Landtages war die von der Regierung verlangte und von dem Finanzausschusse akzeptierte neue Umlagbasis für die Landesumlagen Gegenstand einer sehr bewegten Debatte. Der Berichterstatter Dr. Victor Fuchs vertheidigte in gewandter und schlager Weise die Anträge des Finanzausschusses, welche auch mit großer Majorität angenommen wurden. Die indirekte Besteuerung von Fleisch, Wein- und Obstmost, Wein und Bier wurde dem Ausschussantrage gemäß angenommen. Dagegen stimmten die Liberalen.

Czernowitz, 15. Oktober. Bei Beginn der Sitzung theilt der Landeshauptmann mit, dass Seine Majestät der Kaiser Allerhöchsteinen Dank für die Glückwünsche der Landesvertretung zum Namenstage ausdrücken ließ. Zur Beratung gelangten die Anträge über die Modalitäten der Verwendung des Staatsvorschusses von 200,000 fl. zur Hebung der Viehzucht und der Gesetzentwurf inbetreff der politischen Execution zur Einbringung der an Einzelne begebenen Darlehen. Die Rechnungsabschlüsse des Landes- und des Landesschulfonds sowie zwei Strafen-Gesetzvorlagen werden genehmigt.

### Egypten und die Türkei.

Der „Pol. Corr.“ schreibt ihr Correspondent aus Konstantinopel, 11. Oktober: Der Sultan und die Pforte glaubten schon mehrere Male sich der Ansicht hinneigen zu dürfen, dass die Türkei denn doch auf eine Macht bauen könne, nämlich auf England. So oft man aber im Begriffe stand, diese Politik aufzunehmen und auf die englische Unterstützung zu rechnen, stieß man auf Widersprüche in der Haltung Englands, welche das Urtheil verwirrten. Dies gilt natürlich in Bezug auf Egypten. Noch ganz vor kurzem, als Herr Malet, der englische Generalconsul, auf seinen Posten in Kairo zurückkehrte und sich eine Woche lang hier aufhielt, drückte er im Namen der englischen Regierung die Ansicht aus, dass England die Stärkung der Autorität des Sultans in Egypten sehr gern sehen würde und dass es durchaus nicht das Recht des Sultans, eventuell Truppen nach Egypten zu schicken, in Abrede stelle. Die Pforte schenkte diesen Versicherungen Glauben, weil sie sehr wohl begriff, dass die afrikanische Politik Frankreichs ihren Schatten drohend bis nach Egypten werfe und dass England den französischen Einfluss in Egypten durch den Sultan gebrochen sehen möchte.

Als jedoch unmittelbar darauf die militärische Demonstration in Kairo stattfand, änderte sich plötzlich die Haltung der hiesigen englischen Botschaft. Lord Dufferin hatte eine Unterredung mit Said Pascha, in der er das Recht des Sultans, Truppen nach Egypten zu schicken, allerdings auch nicht in Abrede stellte, aber auf der anderen Seite mehrere Argumente anführte, welche dieselbe als gegenwärtig nicht wünschenswert erscheinen lassen. Er constatierte, dass Frankreich und England es nicht dulden würden, dass die Kosten einer türkischen Expedition dem Budget Egyptens zur Last fallen, und führte an, dass eine solche Expedition eher die egyptische Frage aufröhren, als sie beschwichten würde. Der Sultan beschloss hierauf, Ali Nizamé und Ali Fuad als Commissäre nach Egypten zu schicken, und dieselben waren bereits eingeschifft, als Lord Dufferin und Herr Tissot gleichzeitig mit dem Publicum diesen Schritt des Sultans erfuhren. Lord Dufferin telegraphierte sofort an Lord Granville um Instructionen und der letztere gab ihm zur Antwort, dass er zuvor den Bericht des Herrn Malet über die Handlungen der türkischen Commissäre abwarten müsse, bevor er ihm irgend welche Instructionen schicken könne.

Die Pforte beeilte sich inzwischen, Lord Dufferin und den übrigen Botschaftern mitzuteilen, dass die Mission den Befehl erhalten habe, den status quo in Egypten zu respectieren und dem Khedive auf jede Weise behilflich zu sein. Lord Dufferin wartet natürlich die Instructionen Lord Granvilles ab, bevor er darauf antwortet. Andere Botschafter sprechen sich dagegen unverhohlen über die Ansichten des Sultans aus, und einer derselben soll in einem diplomatischen Salon ganz offen bemerkt haben, dass der Sultan beabsichtigte, seine Autorität als Souverän in Egypten zur Geltung zu bringen. Ein Punkt scheint fest zu stehen, nämlich, dass England die Verlegenheit Frankreichs in Tunis und Algerien durchaus nicht dazu benützen wolle, sich in Egypten ausschließlich Bahn zu brechen. Lord Granville lebt in den Traditionen Lord Palmerstons über die Allianz der Westmächte, und wenn er vielleicht einen Augenblick daran gedacht hat, exclusiv englische Politik zu treiben, so hat er diesen Plan zur Stunde jedenfalls aufgegeben, weil er fühlt, dass das leiseste Anzeichen einer Trennung Englands von Frankreich den Sultan zu einer Intervention in Egypten ermuthigen würde. Einzweilen ist alles statio-

när in Egypten und jeder Theil wartet irgend einen übereilten Schritt oder einen Fehler des Gegenpartes ab. Herr Bourke hat hier fast öffentlich Herrn Gladstone als einen Gegner der Türkei bezeichnet und ihm die Absicht zugeschrieben, dass er sich Egyptens beächtigen zu wollen und überhaupt zur Theilung der Türkei schreiten wolle. Er behauptet, dass blos die Rückkehr der conservativen Partei die Türkei noch retten kann und dass er persönlich ganz entschieden dafür sei, aus Egypten eine türkische Provinz zu machen. Erklärungen dieser Art ermuthigen natürlich die Türken, weil sie sehen, dass die englische Nation getheilt sei. Es ist daher möglich, dass die Pforte oder vielmehr der Sultan in Egypten irgend einen Schritt macht, welcher die Abfendung einer französisch-englischen Flotte nach Alexandria und damit einen drohenden Conflict möglich machen würde.

Ein Egyptier, welcher die Lage der Dinge in seinem Lande genau kennt, sagte diesertage zu einem Diplomaten: „Egypten ist Frankreich und England dankbar für das Arrangement seiner Finanzen, aber es wird sich mit seinem letzten Blutsropen gegen jede fremde Herrschaft auflehnen. Es will seine nationale Unabhängigkeit, und die Massacres, welche in Tunis und Algerien stattgefunden haben, sind mit den blutigen Kämpfen nicht zu vergleichen, mit welchen alle arabischen Stämme sich gegen eine fremde Besetzung Egyptens wehren würden.“ Diese Behauptung ist gewiss übertrieben, weil die Egyptier nicht den ihnen hier zugeschriebenen Heldenmut besitzen, aber es ist gewiss, dass die Muselmänner sich gegen die fremde Intervention wehren wollen und dass sie in dem Auftreten Frankreichs und Englands in Egypten die Fortsetzung jener fremden Invasion erblicken, welche soeben in Tunis stattgefunden hat und welche vernichtet werden müsse, nur mit dem Unterschiede, dass die Invasion in Egypten bisher eine unblutige geblieben ist.

### Saatensstands- und Erntebericht

des k. k. Ackerbauministeriums nach dem Stande Ende September 1881.

In der zweiten Septemberhälfte war — mit Ausnahme Dalmatiens — kühle und regnerische Witterung vorherrschend. Zu Anfang der letzten Monatswoche stellten sich in vielen Gegenden der mittleren wie der nördlichen Zone bereits Fröste ein. In der Bukowina, in Salzburg und Tirol fiel auch Schnee in verschiedenen Gegenden der Getreideregion; in den Alpenländern stellten sich bei vorübergehend steigender Temperatur Gewitter ein, welche nicht selten von Hagel begleitet waren.

Die ungünstige Witterung verhinderte in verschiedenen höheren Gebirgsgegenden der Bukowina und Niederösterreichs bisher das Einbringen des Hafer.

Die Maisernte hat zwar nicht nur in der südlichen Zone, sondern auch in günstigen Lagen der Alpenländer, Niederösterreichs und der Bukowina begonnen, meistenteils aber benötigt diese Frucht noch einige Wochen zur Erreichung der vollen Reife, bezüglich deren indes verhältnismäßig wenig Besorgnisse geäußert werden. Gute Ernten werden theils schon erzielt, theils erwartet in Untersteiermark und im südlichen Theile Krains, mittlere in Niederösterreich, sehr schlechte in Dalmatien, schwach mittlere bis schlechte in den übrigen Ländern.

Die Hirsernte in Dalmatien ist sehr schlecht ausgefallen.

Der Buchweizen hatte bis zum Eintritte der Fröste zu den besten Hoffnungen berechtigt, litt aber durch diese in vielen Lagen bedeutend, und außerdem erscheint nun theils das Reiswerden, theils wenigstens das Einbringen desselben sehr von der Oktober-Witterung abhängig.

Die zwischen Mais gebauten Fasole sind in Südtirol missrathen.

Die Kartoffelernte ist in Dalmatien schon beendet, sonst überall im Zuge. Dieselbe fiel in Dalmatien sehr schlecht aus, dagegen erfreut sich der ehemalige Teschner Kreis Schlesiens einer sehr guten Kartoffelernte, Bukowina und Kärnten haben Mittelernte. In den übrigen Ländern fällt diese Ernte — natürlich mit einzelnen Ausnahmen — im großen Durchschnitte über mittel bis gut aus, und zwar in Böhmen trotz eines bedeutenden Anteiles fauler Knollen. Stark war die Fäule auch in Kärnten verbreitet, dagegen waren Schlesien, Oberösterreich, Untersteiermark und Nordtirol von derselben ziemlich verschont geblieben, in den übrigen Ländern war sie mäßig aufgetreten.

Die Ernte der Zucker- und Futterrunkelrüben hat erst, und zwar noch nicht überall, begonnen. Das Ergebnis wird voraussichtlich in Beziehung auf Quantität ziemlich allgemein einer guten Mittelernte entsprechen. Die Qualität, beziehungsweise der Zuckergehalt, aber ist wenigstens bisher meistenteils sehr unbedeutend. Die Stoppelrübe in den südlichen Alpen- und den Karstländern stehen meistenteils gut.

Dasselbe lässt sich, soweit die Nachrichten reichen, vom Kopfsraute sagen.

Die Grummeternte wurde in verschiedenen Gegenden aller Länder fortgesetzt und noch immer

nicht beendet. In Südtirol wurde die dritte Mahd der dreisährigen Wiesen in Angriff genommen. Die in dieser Periode gewonnenen Ernten fielen nur in Görz gut aus; sonst aber befriedigte meistenteils weder die Quantität noch die Qualität. Dagegen verspricht der Herbst- oder Stoppelklee in vielen Lagen einen befriedigenden Schnitt.

Die Weinlese ist in der südlichen Zone sowie auch in Krain bereits in vollem Zuge, in den südlicheren Theilen Dalmatiens sogar schon nahezu beendet, in Niederösterreich wurde dieselbe hier und da begonnen. In den übrigen Ländern — theilweise wohl auch in Niederösterreich — lässt der Reifezustand noch sehr viel zu wünschen übrig.

Dalmatien und Görz haben gute Mittelernten von recht guter, theilweise sogar vorzüglicher Qualität; Südtirol hat eine gute Ernte von sehr verschiedener, durchschnittlich mittlerer Qualität. In Niederösterreich, Steiermark und Krain haben sich die Aussichten auf ein gutes quantitatives Ergebnis erhalten; die Qualität aber erscheint noch sehr von der Oktoberwitterung abhängig, und können bezüglich derselben nur sehr bescheidene Hoffnungen gehegt werden.

Die Obsternate befriedigt nach neueren Nachrichten in Niederösterreich, Steiermark, Nordtirol, Vorarlberg und Böhmen; Südtirol aber hat eine schlechte Obsternate.

Der Anbau hat sich im allgemeinen infolge der ungünstigen Witterung ungewöhnlich verspätet. In vielen Gegenden, selbst der nördlichen Zone wird der selbe jetzt erst angefangen, in anderen ist er kaum zur Hälfte ausgeführt. Eine Ausnahme macht Dalmatien, wo der Anbau weiter vorgeschritten ist als gewöhnlich zu dieser Jahreszeit.

Die frühgebauten Saaten sind beinahe überall recht gut aufgelaufen und bestocken sich theilweise schon.

### Tagesneuigkeiten.

— (Audienzen) Se. Majestät der Kaiser haben am 15. d. M. Audienzen zu ertheilen geruht, und es hatten unter anderen die Ehre, empfangen zu werden: Fürst-Erzbischof Ganglbauer; die geheimen Räthe: Anton Ritter v. Schmerling, FBM. Franz Freiherr von Philippovicz, FMB. Freiherr v. Schmidgau, Kämmerer Lothar Fürst Metternich, Landeshauptmann Dr. v. Rapp, Hofrat Ritter v. Ghishman, Professor Dr. Kaltenbrunner; die Oberste: Freiherr v. Altorf, Galgozy, Hostinek; die Universitätsprofessoren: Dr. Schmidt, Dr. Schönbach, Gustos Ritter v. Bergmann, Sectionsrat v. Matauschek.

— (Heinrich Freiherr v. Haymerle-Stiftung) Die Witwe weiland Sr. Exc. des Herrn Baron Haymerle hat an den Bürgermeister von Wien nachstehendes Schreiben gerichtet: „Hochwohlgeborener Herr Bürgermeister! Ich glaube im Geiste meines verstorbenen Gatten zu handeln, wenn ich Euer Hochwohlgeboren bitte, die mitfolgenden dreitausend Gulden einem wohltätigen Zwecke zugufzuhren. Mein Wunsch geht dahin, dass die Binsen dieses Kapitales alljährlich am 10ten Oktober, als dem Todesstage meines Gatten, zu gleichen Theilen an drei hilfsbedürftige Witwen mit einem oder mehreren unmündigen Kindern vertheilt werden mögen und dass diese Stiftung den Namen: „Heinrich Freiherr v. Haymerle“ trage. Die Binsen der Stiftung sollen nur an solche Witwen verliehen werden, deren Gatten im Laufe der mit dem 10. Oktober beginnenden Jahresperiode verstorben sind. Das Verleihungsrecht soll dem jeweiligen Bürgermeister der Stadt Wien zustehen. In dem ich Euer Hochwohlgeboren bitte, diese Widmung gütigst entgegenzunehmen und das weitere nach eigenem Ermessens gefälligst verfügen zu wollen, bin ich hochwohlgeborener Herr Bürgermeister, Ihre sehr ergebene Therese Frau v. Haymerle m. p.“

— (Ein reicher Invalid.) Der Nestor der französischen Invaliden, ein gewisser Lhéritier, ist diesertage im Alter von 90 Jahren gestorben und hat ein Vermögen von mehr als 450,000 Francs hinterlassen. Lhéritier, der aus dem russischen Feldzuge als Prüssel zurückkam, wurde im Jahre 1813 ins Invalidenhotel aufgenommen und erhielt überdies eine kleine Anstellung in den Bureau des Kriegsministeriums. Während 30 Jahren ersparte der Invaliden den größten Theil seines Gehaltes, und als er ein kleines Kapital beisammen hatte, vermehrte er es rasch, indem er seinen ehemaligen Waffengefährten die verschiedenen kleinen Gegenstände, welche dieselben benötigten, verkaufte. Einige Monate vor seinem Tode setzte Lhéritier einen Großneffen, einen befähigten Genremaler, zum Erben seines Vermögens ein.

— (Elektrische Beleuchtung in der Pariser Oper.) Im Pariser Opernhaus wurden unlängst zwei große Festvorstellungen gegeben, bei welchen alle jüngst ausgestellten elektrischen Apparate zur Beleuchtung der Bühne, des Buschauerraumes, der Foyers und Treppen verwendet wurden. Die erste dieser Vorstellungen wurde am 15. d. M. von dem Minister des Post- und Telegraphenwesens für die officielle Welt, die zweite am 18. d. M. von dem Director Baucomité für die Fachmänner, für Schriftsteller und Journalisten und für die ständigen Abonnenten der Oper veranstaltet. Charles Garnier, der Architekt des Opern-

houses, hat selbst die Einführung der elektrischen Beleuchtung in den verschiedenen Räumen des Gebäudes geleitet. Die Bühne ward probeweise während einer Scene des Balletts „Sylvia“, das zur Aufführung gelangte, elektrisch beleuchtet. Im Buschauerraume ward der große Lusten mit 500 Lampen nach dem System Swan versehen, deren Verwendung auch später für die Lampenbeleuchtung auf der Bühne in Aussicht genommen ist. Im Foerster wurden an den Kronen der Lusten 20 elektrische Sonnenbrenner, für die Augen des Publicums verdeckt, zur Beleuchtung der Wandmalereien und 800 Edison'sche Lampen zur Erhellung des unteren Raumes angebracht. Die Loggia ward durch 20 Sablockoff'sche Kerzen, die große Treppe und das Vestibule durch 35 Lampen nach dem System Brusch, die Rundgallerie durch einen Central-Luster nach dem System Werdermann, die Spiegalgalerie durch fünf Brenner mit Reflectoren nach dem System Fassard beleuchtet. Um der Gefahr eines Erlöschen's der Lampen durch eine Unterbrechung des elektrischen Stromes vorzubeugen, brannten die Flammen der Gasbeleuchtung blau.

(Ein fruchtbare Baum.) Aus Wels wird berichtet: „In einem kleinen Gärtnchen unserer Stadt lieferte hener ein Kaiserbirnbaum 1200 Stück schöne große Birnen, 650 Stück minder schöne und 484 Stück kleine, daher 2334 Birnen; gewiss ein staunenswertes Erträgnis eines Baumes.“

(Ein Riesen Schlüssel.) Zur Eröffnung des neuen Paulsmuseums in Worms hat ein Schlossermeister aus Frankfurt im Auftrage eines Kunst- und Gewerbefreundes einen großen Schlüssel angefertigt, welcher in seiner Höhlung zehn Schuppen hält. Er soll eben, um das Schöne mit dem Nützlichen zu verbinden, gleichzeitig bei der Einweihung als Trinkgefäß benutzt werden, weshalb er nicht blos aus Eisen sehr kunstreich getrieben, sondern auch verzinkt wurde.

## Locales.

### Krainischer Landtag.

7. Sitzung am 13. Oktober.

(Fortsetzung.)

Nachdem auch die Post 6: „Remunerations für Substitutionen 500 fl.“, angenommen worden (ohne Debatte), wird zur Beratung des Punktes 7: „Fünf Remunerations“, geschritten. Bei Punkt b) stellt Abg. Svetec den Antrag, für den Religionsunterricht in St. Martin bei Littai statt 85 fl. wie früher 125 fl. und für den in Köpliz bei Sagor statt 155 fl. die Summe von 200 fl. zu bewilligen.

Es ergreift das Wort der Herr

Regierungsrath Hotschewar: Ich würde mir erlauben, den eben vernommenen Antrag des Herrn Abg. Svetec, betreffend die Erhöhung der Remuneration für den Religionsunterricht an der vierklassigen Volksschule von St. Martin bei Littai, beziehungsweise an der zweiklassigen Volksschule in Littai, der gründigsten Würdigung des h. Landtages anzurufen, aus nachstehenden, in den Verhältnissen der Sache gelegenen Gründen.

Der ländliche Landes- und Finanzausschuss haben bei der Präliminierung des Normalfondes für das Jahr 1882 erachtet, dass, nachdem derzeit die Geistlichkeit von St. Martin den Religionsunterricht an der Volksschule in Littai nicht besorgt und Remunerations nur an mehr als dreiklassigen Volksschulen ertheilt werden können, nicht mehr die Remuneration mit 125 fl., sondern nur mit 85 fl. zu berücksichtigen. Über die Frage der Ungemessenheit der Reduzierung dieser Remuneration von 125 fl. auf 85 fl. von Seite des ländlichen Finanzausschusses muss man die Verhältnisse in Betracht ziehen, wie sie zur Zeit der Bewilligung dieser Remuneration bestanden haben im Vergleich mit den jetzigen Verhältnissen. Diese Petition wurde über Antrag des Herrn Abg. Dr. R. v. Bestenek in der Landtagssitzung vom 16ten April 1877 beschlossen.

Motiviert wurde dieser Antrag einerseits mit Hinweisung auf die Schule in Krainburg, wo der Religionslehrer den gleichen Betrag als Remuneration bezieht, und durch den Umstand, dass der Religionsunterricht nicht nur in St. Martin, sondern auch in Littai zu versehen ist und zugleich bemerkt, dass für die Versorgung dieses Unterrichtes zwar dem Religionslehrer gesetzlich keine Remuneration gebürt, dass jedoch bei der Bewertung der Remuneration für den Religionsunterricht in St. Martin dieser Umstand in Betracht gezogen werden kann.

Der Herr Berichterstatter constatierte es hiebei als gewiss, dass die beantragte Remuneration von 125 fl. für St. Martin ein sehr mäßiges Entgelt wäre, welches ebenfalls bezahlt werden müsste.

Über das weitere, vom f. f. Bezirksschulrathe Littai unter dem 17. April 1877, B. 189, gestellte Ansuchen wurde im Einvernehmen mit dem ländl. Landesausschusse für die Ertheilung des Religionsunterrichtes an der vierklassigen Volksschule in St. Martin bei Littai vom 1. Oktober 1877 ab eine Remuneration jährlicher 125 fl. aus dem Normalfondone, und

zwar zufolge Neuherzung des ländlichen Landesausschusses vom 10. Mai 1877, B. 2829, mit dem bemerken, dass aus der Bewilligung dieser Remuneration für die vierklassige Volksschule in St. Martin kein Präjudiz für einen etwaigen weiteren Remunerationsanspruch der Pfarrgeistlichkeit in St. Martin bei Littai abgeleitet werde, angewiesen.

Nachdem bei der landtäglichen Festsetzung des Normalfondes-Präliminares (Beilage 42, B. Nr. 138) bemerkt wurde, dass der Religionslehrer in St. Martin auch an der Schule in Littai den Religionsunterricht zu ertheilen hat, wurde mit Landesschulrats-Verordnung vom 2. September 1879, B. 1409, die für die Ertheilung des Religionsunterrichtes an der Volksschule in St. Martin unterm 12. April 1878, B. 654, angewiesene Remuneration jährlicher 125 fl. mit Ende September 1878 eingestellt, dagegen die gleiche Remuneration jährlicher 125 fl. zu Handen des Pfarrdechanten in St. Martin bei Littai, und zwar für die Besorgung des Religionsunterrichtes an den Volksschulen in St. Martin bei Littai und in Littai flüssig gemacht und gleichzeitig über den vom f. f. Bezirksschulrathe unterm 20. November 1878, B. 690, gestellten Antrag im Einvernehmen mit dem hochwürdigsten fürstbischöflichen Ordinariate bestimmt, dass der Vicar-priest vom obigen Remunerationsbetrage an den Katecheten von St. Martin 85 fl. an jenen von Littai aber 40 fl. zu verabsolgen habe.

Laut Zuschrift des h. f. b. Ordinariates vom 6ten August 1879, B. 882, veranlassten nämlich die große Ausdehnung der zumeist gebirgigen Pfarre St. Martin die häufigen seelsorglichen und kirchlichen Verrichtungen und die Entheilung der Volksschule in Littai den Pfarrdechant mit der Religionsunterrichtsertheilung in der Schule zu Littai, den daselbst domicilierten Deficientenpriester Bartholomäus Zupančić, zu betrauen.

Durch diese Theilung des Religionsunterrichtes wird offenbar die Aufgabe und der Zweck des Religionsunterrichtes eher und leichter als ohne dieselbe erfüllt und hiedurch auch den Intentionen des h. Landtages in Bezug auf die in Frage stehende Remuneration entsprechen.

Aus dem Gesamtinhalt der vorliegenden Darlegung ergibt sich, dass die Remuneration jährlicher 125 fl. für den Religionsunterricht an der vierklassigen Volksschule in St. Martin bestimmt und vom h. Landtage selbst als ein mäßiges Entgelt für diesen Religionsunterricht angesehen wurde und dass ebenso zufolge der Landtagsbeschlüsse vom Jahre 1879 und 1880, wonach diese Remuneration auch für die Versorgung des Religionsunterrichtes an der Schule in Littai zu gelten habe, dieselbe lediglich als ein Entgelt für die Ertheilung des in Rede stehenden Unterrichtes angesehen werden kann, und dass somit die Voraussetzung der Landtagsresolution vom 21. Juli I. J. hinsichtlich der Subsummierbarkeit eines Führerelutums bei dieser Remuneration nicht zutrifft.

Mit Rücksicht auf diesen Sachverhalt erlaube ich mir die Bitte zu stellen, vom Abstriche von 40 fl. von der obigen Remuneration umso mehr gültig absehen zu wollen, als der Schulunterricht im Schuljahr 1881/82 bereits begonnen hat und der Religionslehrer wenigstens für das laufende Schuljahr aus dem bisherigen Titel den Anspruch auf den bezüglichen Remunerationsanteil besitzt.

Nachdem der Antrag Svetec abgelehnt worden, wird die Gesamtpost mit 2613 fl. angenommen.

Nachdem das Gesamtaufordernis des Normalfondes für 1882 mit 196,624 fl. angenommen, wird zum Titel B. Bedeutung geschritten, bei dem sich ein Abgang von 178,800 fl. ergibt.

Abg. Dr. Polakar hält der Majorität angesichts dieses Abgangs ihr Prädicat „Partei der Sparsamkeit“ vor.

Es gelangt nun Punkt 5 der Anträge des Finanzausschusses, betreffend die Einstellung von 2050 fl. für geprüfte Lehrer an der Volksschule in Stein an Stelle der hochwürdigen P. P. Franciscaner zur Verhandlung. Es ergreift das Wort

der Herr f. f. Landespräsident Andreas Winkler: Ich habe mich zum Worte gemeldet, weil mir dieser Antrag auf Motiven zu beruhen scheint, die mir nicht ganz zutreffend zu sein scheinen. Es wird im Berichte des verehrten Finanzausschusses ausgesprochen, dass die Steiner Schule, die unter der Leitung der P. P. Franciscaner steht, geradezu zur Schließung geeignet sei, und dass sich der Unterrichtserfolg an dieser Schule gar nicht bewährt hat.

Ich muss bekennen, dass durch den Inhalt der Acten, welche mir vorliegen und welche ich nötigenfalls den verehrten Herren zur Einsicht vorweisen werde, diese Behauptung nicht gerechtfertigt erscheint. Die Volksschulen im Bezirk Stein sind von dem betreffenden Bezirksschulinspector im Laufe der letzten sechs

Jahre häufig inspiciert worden, mitunter auch die Schule in Stein, namentlich die Knabenschule daselbst, obwohl in den letzten Jahren diese Inspection nicht besonders eingehend gewesen zu sein scheint, wenigstens aus dem Inhalte der Berichte zu schließen.

Allein, dass der Unterrichtserfolg an dieser Schule sich nicht bewährt hätte, geht aus den Berichten nicht

hervor. Es wird über diese Schule zwar nicht ein besonderes Lob gesungen, allein ungünstiger lauten die Berichte über andere Schulen des Bezirkes Stein, an welchen geprüfte Volksschullehrer wirken (Cujte! — Hört!), insbesondere über die Mädchenschule in Stein, an welcher eine geprüfte Lehrerin und ein geprüfter Lehrer wirken, und über deren Leistung der Bezirksschulinspector geradezu den Stab bricht, was inbetrifft der Knabenschule, die unter der Leitung der Patres steht, nicht der Fall ist.

Man möchte sofort die Knabenschule in Stein mit geprüften Lehrkräften versehen. Es ist jedoch die Frage naheliegend, woher geprüfte Lehrkräfte genommen werden sollen. Aus dem Rechenschaftsberichte des ländlichen Landesausschusses geht hervor, dass wir im Lande noch 25 Nothschulen haben, und aus dem Berichte des Bezirksschulinspectors für Stein entnehme ich, dass es in diesem Bezirk selbst noch 6 Nothschulen gibt, nämlich in Horneč, Mölník, St. Oswald, Peč, Radoměř und Skaručna, wo Organisten und sonstige ungeprüfte Lehrer den Unterricht ertheilen. Wir haben übrigens im Lande noch nahezu 50 Ausbildungslärer, welche an verschiedenen Schulen in Verwendung stehen und auch die Prüfung noch nicht bestanden haben. Wollen wir geprüfte Lehrer an der Knabenschule in Stein anstellen, so bleibt uns nichts anderes übrig, als dass wir sie jenen Schulen entziehen, an denen sie thätig sind, und welche Schulen dann verwäist stehlen würden, verwäist in der Art, dass man dieselben mit ungeprüften Lehrern besetzen müsste, und nachdem, wie ich constatiert habe, die Steiner Schule keineswegs eine schlechte ist, so möchte ich bezweifeln, ob es im Interesse des Unterrichtes wäre, von anderen Schulen Lehrkräfte wegzunehmen, um sie an der Steiner Schule mit einem großen Kostenaufwande anzustellen.

Dass die Franciscanerschule in Stein zufriedenstellend ist, geht auch daraus hervor, dass die Schüler, welche aus dieser Schule in die Mittelschule aufstiegen und sich der Aufnahmesprüfung unterzogen, dieselbe mit gutem, einige sogar mit sehr gutem Erfolge bestanden und dass auch die Unterrichtserfolge an ihnen in den späteren Jahren mitunter sogar ausgezeichnet waren.

Wenn wir also keine geprüften Lehrer haben, die wir in Stein sofort anstellen könnten, weil dies nur zum Nachtheile anderer Schulen geschehen würde, so sehe ich die Notwendigkeit nicht ein, die jetzige Schule, wie sie besteht, aufzulassen, da wir sie eben mit solchen Lehrern nicht versehen können. Wir müssen uns aber doch auch die Frage stellen, was kostet jetzt die Schule von Stein, welche bisher jedenfalls Ersparnis geleistet hat? Fünf Lehrkräfte wirken dort, und der ganze Kostenaufwand, der dem Lande zur Last fällt, beträgt 250 fl., nämlich eine Remuneration von 50 fl. für jeden einzelnen Lehrer. An die Stelle dieser geringen Auslage möchte man jetzt für vier Lehrkräfte einen jährlichen Kostenaufwand von 2050 fl. setzen, wobei ich bemerke, dass das lediglich der Kostenaufwand ist, der in dem Gehalte der neuen Lehrer besteht; der höhere Aufwand wird noch erwachsen, da in kurzer Zeit diese Herren, wenn sie die fünfjährige Dienstzeit zurückgelegt haben, Quinquennalzulagen bekommen sollen und später auch die Pensionen derselben und ebenso die Versorgungsgenüsse ihrer Witwen und Angehörigen aus Landesmitteln zu bestreiten sein werden. Alles dies kann man vermeiden, so lange die genannte Schule in Händen der P. P. Franciscaner sich befindet.

In einer gleichen Lage befindet sich auch die Schule von Rudolfsdorf. Wenn wir auch dieses Institut aufzulassen wollen, wird sich noch eine ähnliche Auslage für das Land ergeben, so zwar, dass die Auslage, die jetzt nur wenige Hunderte beträgt, sich auf 3000 bis 4000 fl. und darüber im Jahre belausen wird. Das ist doch eine Angelegenheit, die eine ernste Erwägung von Seite des h. Landtages verdient; es ist durchaus nicht gleichgültig, den jetzigen Vortheil mit einem Nachtheil zu verlauschen, der darin besteht, dass man dem Lande eine neue jährliche Auslage von mehreren tausend Gulden aufwälzt. Ich als Regierungsvorsteher muss umso mehr die Aufmerksamkeit des h. Hauses auf diesen Umstand lenken, als mit A. h. Entschließung vom Jahre 1876 der h. Landesvertretung ans Herz gelegt wurde, dafür zu sorgen, dass die Buschläge für die Schulauslagen womöglich herabgemindert werden.

Nicht übersehen kann auch das werden, was in der fraglichen Angelegenheit von Seite der Schulgemeinde Stein selbst als ihr Anliegen und Wunsch in einem Majestätsgebot zum Ausdrucke gelangt ist. Die Schulgemeinde ist nichts weniger als unzufrieden mit den Leistungen der Lehrer an der dortigen Knabenschule, die Gemeinde als solche wünscht eine Aenderung ihrer Schulverhältnisse nicht. Sie hat heuer mit großen Opfern eine schöne Schule gebaut; die Gemeinde ist es, welche durch Bezahlung der Buschläge zum Normalfond für sämmtliche Bedürfnisse dieser Schule aufzukommen hat. Wenn die Gemeinde das Bedürfnis nach einer Aenderung nicht fühlt, so glaube ich, dass man auch diesem Umstände die gebührende Rechnung tragen müsste. Ich wollte den Sachverhalt etwas näher aus-

